



Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem G8-Gipfel im italienischen L'Aquila haben die Staats- und Regierungschefs nochmals bekräftigt, dass sie ihre Zusagen zur Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit einhalten wollen. An diesem Versprechen, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% zu steigern, werden sich die Regierungen der G8-Staaten und die Europäische Union messen lassen müssen. Sie alle stehen im Wort – auch die Bundeskanzlerin. Wir als SPD-Bundestagsfraktion werden Angela Merkel schon bei den anstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 in die Verantwortung nehmen. Im Wahlprogramm der SPD ist das 0,51%-Ziel für 2010 enthalten, in dem der CDU nicht! In den letzten Jahren ist es uns in enger Abstimmung mit unserer Ministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul immer wieder gelungen, Steigerungen im Entwicklungshaushalt durchzusetzen. Der Einzelplan des BMZ ist in dieser Legislaturperiode um rund 48 Prozent auf heute fast sechs Milliarden Euro angewachsen. Insgesamt stehen heute rund 10 Milliarden Mittel für ODA-anrechnungsfähige Entwicklungszusammenarbeit im Bundeshaushalt bereit.

Und wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen aus dem vereinbarten ODA-Stufenplan nachkommt.

Ein wichtiges Signal von L'Aquila war darüber hinaus, dass sich die G 8

immer mehr den Entwicklungs- und insbesondere den Schwellenländern öffnen. Die Weltwirtschaftskrise hat uns dramatisch vor Augen geführt, wie wichtig es ist, gemeinsame Lösungen zu finden, denn es sind die Menschen in den Entwicklungsländern, die am stärksten unter der Krise zu leiden haben. Weder die Wirtschaftskrise noch Klima- und Umweltprobleme lassen sich ohne Länder wie China, Indien oder Brasilien und auch nicht ohne die Staaten der Afrikanischen Union lösen. Bei den großen Fragen sind die G 8 schlicht nicht mehr zeitgemäß. Die Globalisierung hat die Welt zusammenrücken lassen. Globale Probleme können nur gemeinsam gelöst werden. Die Runde wird also erweitert werden müssen. Was G X künftig heißt und wie insbesondere die Zivilgesellschaft noch stärker eingebunden werden kann, darüber wird zu reden sein. In jedem Fall wäre der von Heidemarie Wiecezorek Zeul vorgeschlagene und in unserem Regierungsprogramm beschlossene Globale Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein großer Fortschritt. Denn schließlich ist nicht nur die Steigerung der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit entscheidend für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, sondern vor allem gerechtere globale Rahmenbedingungen wie eine faire Welt-handelsordnung. In diesem Sinne muss auch der in L'Aquila wieder zum Ausdruck gebrachte Wunsch nach einem Abschluss der laufenden WTO-Runde endlich schnell im Interesse der Entwicklungsländer zustande kommen. Dazu gehören die sofortige Abschaffung aller Agrarexportsubventionen und eine deutlich bessere Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel.

Die SPD-Fraktion wird Entwicklungszusammenarbeit auch künftig als globale Strukturpolitik verstehen.

Wir wollen unsere erfolgreiche Arbeit über den 27. September hinaus in Regierungsverantwortung fortsetzen. Die SPD ist der Garant dafür, dass es auch künftig eine moderne, effektive Entwicklungszusammenarbeit mit einer gesunden Mischung von bi- und multilateralem Engagement gibt. Wir

### **Inhalt**

#### **Editorial**

#### **Aus der AGwZ**

Verabschiedung von Christel Riemann-Hanewinkel, Stephan Hilsberg und Walter Riestler

Bericht FES über ihre internationale Arbeit, Bilanz der Kooperation

#### **Aus dem AWZ**

**17.06.2009**

Expertengespräch: Gemeinwesen orientierter Selbsthilfgruppenansatz

BM Wiecezorek-Zeul: Bilanz der Legislaturperiode

**18.06.2009**

Außenminister Ecuador: Vorstellung ITT-Projektgutachten zum Erhalt der Biodiversität statt Ölförderung

**29.06.2009**

Beratung Einsatz NATO-AWACS

Mandatsverlängerungen UNMIS und UNAMID

**Newsletter Nr. 45**

**Juni/Juli 2009**

**Seite 1**



wollen kein zurück in alte Projektis-Zeiten. Für unsere Vorstellungen werden wir um jede Stimme kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sascha Raabe,  
entwicklungspolitischer Sprecher der  
SPD-Bundestagsfraktion

### Aus der Arbeitsgruppe

**30. Juni 2009**

In ihrer voraussichtlich letzten Sitzung vor der Bundestagswahl zog die Arbeitsgruppe mit Dr. Christiane Kesper und Jürgen Stetten von der Friedrich-Ebert-Stiftung Bilanz der entwicklungspolitischen Arbeit der vergangenen Wahlperiode und diskutierte über zukünftige Herausforderungen.

Dr. Sascha Raabe verabschiedete Christel Riemann-Hanewickel, Stephan Hilsberg und Walter Riestler, die nicht wieder für den Bundestag kandidieren. Alle drei haben sich durch ihre engagierte Mitarbeit große Verdienste für die Fraktion und die Entwicklungszusammenarbeit erworben. Viele ihrer Initiativen und Anregungen werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortführen.

### Aus dem AWZ

**17. Juni 2009**

Expertengespräch: Auf Initiative von Christel Riemann-Hanewinckel führte der AWZ ein Expertengespräch zum Gemeinwesen orientierten Selbsthilfegruppenansatz durch.

Für die Kindernothilfe Duisburg waren Veronika Schwarz, Jörg Denker und Dr. Karl Pfahler anwesend, die Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie war mit seinem Vorstand Ralf Tepel vertreten.

Der Selbsthilfegruppen-Ansatz wurde insgesamt als ein effektives Instrument zur Armutsbekämpfung bewertet. Er verzeichnet hohe finanzielle Zuwächse in den vergangenen Jahren. Ziel ist es,

die Ärmsten der Armen, überwiegend Frauen, zur sozialen, wirtschaftlichen und langfristig auch politischen Teilhabe zu befähigen. Geeint, gefördert und gestärkt, entwickeln Frauen das Selbstbewusstsein, ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben einzufordern. Positive Auswirkungen sind sichtbar. Die SPD stellte den Zusammenhang zum notwendigen Aufbau sozialer Sicherungssysteme her.

Diskussion mit Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul:

Die Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode ist positiv; in vier Jahren Regierungspolitik mit sozialdemokratischer Handschrift wurde viel erreicht. Es ist gelungen, zentrale Themen wie die ländliche Entwicklung, die Errichtung von Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen in Entwicklungsländern sowie den internationalen Klimaschutz voran zu bringen. Ministerin Wiecek-Zeul betonte, dass weltweite Krisen das Erreichte gefährden: Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise, Finanz- und Wirtschaftskrise bedrohen Menschen, die diese Krisen nicht verursacht haben. Deshalb ist die Bilanz auch zugleich Appell, trotz innenpolitischer Probleme die globalen Zusammenhänge und globale Verantwortung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir versprochen, Fortschritte bei den Millenniumszielen zu erreichen. So war der Anteil der Menschen weltweit, die in extremer Armut leben müssen, von über 30 Prozent (1990) auf 19,2 Prozent (2007) gesunken. Die Krisen des letzten Jahres haben leider über 100 Millionen Menschen wieder in Not und Elend zurückgeworfen. Erfreulich ist der starke Anstieg der Einschulungsrate in Entwicklungsländern auf 88 Prozent (2007). Das Verhältnis der Einschulung von Mädchen zu Jungen hat sich deutlich angenähert. Auch in den Bereichen Gesundheit, Bekämpfung HIV/AIDS, Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und Biodiversität konnten Erfolge erzielt werden.

Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst Weltwärts bietet jungen Leuten Lebens- und Arbeitserfahrungen in Entwicklungsländern. Zurückgekehrte Freiwillige sehen die Welt mit anderen Augen und stoßen Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft an,

**01.07.2009**

Expertengespräch:  
Anpassung an den  
Klimawandel am  
Beispiel Bangladesch

BM Schavan:  
Aufwachsende Mittel in  
der Forschung für  
Gesundheit und  
Bildung in  
Entwicklungsländern

BMZ: Ergebnisse der  
UN-Konferenz zu den  
Auswirkungen der  
Finanz- und  
Wirtschaftskrise auf  
Entwicklungsländer  
24.-26.06.2009 New  
York

### Aus dem Deutschen Bundestag

**18.06.2009**

Operation ATALANTA

Internationale  
Kreditfinanzierung in  
der Entwicklungspolitik  
auf eine neue  
Grundlage stellen

**02.07.2009**

Regierungserklärung  
G8

Energieaußenpolitik

Biotechnologie /  
Hunger

AWACS

UNMIS / UNAMID

Menschenrechte in  
Unternehmen

**Newsletter Nr. 45**

**Juni/Juli 2009**

**Seite 2**



# SPD-Entwicklungspolitik

sie tragen zu einer gerechteren Welt bei.

Die Wiederaufbauarbeit in Afghanistan ist hoch geschätzt und anerkannt. Deutschland ist viergrößter bilateraler Geldgeber.

Deutsche Entwicklungspolitik hat bilateral in vielfacher Weise und mit regional differenzierten Handlungsansätzen auf die globale Krise reagiert.

Ein weiteres wichtiges Anliegen war die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland setzt die Paris Agenda konsequent um, sie wurde in Accra 2008 fortgeschrieben. Mit der notwendigen Reduzierung der Partnerländer haben wir die deutsche Entwicklungszusammenarbeit effizienter und kohärenter gemacht. Es gibt klare Kriterien zur Auswahl der Partnerländer. Das Ankerland-Konzept bietet ein differenziertes Instrumentarium. Die Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss wurde vorangetrieben.

Deutsche Entwicklungspolitik ist als globale Strukturpolitik für die zukünftigen Herausforderungen gut aufgestellt. Größere Wirksamkeit und Kohärenz zeigen sich auch durch europäische Zusammenarbeit und durch multilaterales Engagement.

In der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir schnell und konsequent gegengesteuert, um die befürchteten Auswirkungen auf die Entwicklungsländer abzumildern. Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit der Ministerin dafür gesorgt, dass die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert werden konnten. Insgesamt sind die Mittel im Einzelplan 23 in dieser Legislaturperiode um 48 % auf heute knapp sechs Milliarden angehoben worden. Im gesamten Bundeshaushalt stehen inzwischen rund zehn Milliarden Euro ODA-anrechnungsfähige Mittel zur Verfügung.

## 18. Juni 2009

Ecuador will Erhalt der Biodiversität statt Ölförderung:

Zum Erhalt des Tropenwaldes hat die sozialdemokratische Regierung Ecuadors einen innovativen Vorschlag erarbeitet und nun ein Gutachten dazu dem deutschen Parlament vorgestellt:

Ecuador verzichtet dauerhaft auf die Erdöleinnahmen, wenn die internationale Gemeinschaft in ihrer Verantwortung für den Schutz von Klima und Biodiversität die Hälfte der prognostizierten Einnahmen kompensiert. Dieser Herausforderung zum Schutz der Artenvielfalt sollten wir uns stellen, erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Sascha Raabe.

Ecuador ist bereit, das Erdöl im ITT-Gebiet (Ishpingo-Tambococha-Tiputini) des Biosphärenreservats und Nationalparks Yasuní nicht zu fördern, wenn mindestens die Hälfte des Einnahmeverlusts von der internationalen Gemeinschaft ausgeglichen wird. Dies bekräftigten Außenminister Fander Falconí, Francisco Carrión und weitere Mitglieder der hochrangigen Delegation vor den Mitgliedern des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Anlass des Besuches war die Vorstellung einer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierten Studie, die den Ordnungsrahmen für das ITT-Projekt und dessen Umsetzung konkretisieren sollte.

Diese Studie wurde zuerst dem deutschen Parlament am 18. Juni 2009 vorgestellt, am 19. Juni 2009 der Bundesregierung. Der Bundestag hat vor einem Jahr einstimmig die Unterstützung dieses Projektes und der jetzt vorgelegten Studie dazu beschlossen. So konnte ein Moratorium der Ölförderung erreicht werden. Außenminister Fander Falconí dankte dem Deutschen Bundestag ausdrücklich für die Unterstützung, die letztlich für die ecuadorianische Regierung entscheidend war, für vorerst unbefristete Zeit auf die Ölförderung zu verzichten.

Aus Sicht der deutschen Sozialdemokraten bedeutet die Verwirklichung des ITT-Projekts die Chance, gleichzeitig mit dem Erhalt der Biodiversität, den Klimaschutz, die Armutsbekämpfung und die wirtschaftliche Entwicklung innovativ zu fördern. Voraussetzung ist, die Gelder für den Schutz und die Wiederherstellung des Reservats zu verwenden und die dort lebende Bevölkerung in die Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität einzubeziehen. Einfache Finanzierungsmechanismen des vorgeschlagenen Treuhandfonds



# SPD-Entwicklungspolitik

für die Beteiligung internationaler Geber ist eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des ITT-Projekts. Ebenso wichtig sind klare Garantien, dass dauerhaft kein Erdöl gefördert wird. Eine unabhängige Expertenkommission soll den Wert des Erdöls ermitteln. Die deutschen Entwicklungspolitiker und -politikerinnen werden auch auf Transparenz bei den Ausgaben gegenüber Bevölkerung, Parlament und Gebern achten. Deutschland und andere EU-Staaten tragen Verantwortung für das hohe globale Gut der Biodiversität. Ihre Unterstützung ist wichtig, um diesen neuartigen Ansatz zum Schutz des Klimas, der Biodiversität und der dort lebenden indigenen Bevölkerung zu verwirklichen.

## 29. Juni 2009

Der Ausschuss beriet über die Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan. Weiterhin standen die Mandatsverlängerungen für die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation Darfur (UNAMID) und an der Friedensmission der UN im Sudan (UNMIS) auf der Tagesordnung.

## 1. Juli 2009

Der AWZ führte ein öffentliches Expertengespräch „Anpassung an den Klimawandel am Beispiel Bangladeschs“ mit Dr. Atiq Rahman (Direktor Bangladesh Center for Advanced Studies) und Thomas Hirsch (Brot für die Welt) durch.

Im Gespräch wurde deutlich, dass es viel theoretisches Wissen zum Thema gibt, die notwendige Anwendungsorientierung allerdings fehlt. Fehlende staatliche Strukturen insbesondere auf der lokalen Ebene erschweren die Umsetzung notwendiger Anpassungsmaßnahmen. Hier wird die Arbeit überwiegend von NRO geleistet. Für die EZ-Strategie, der eine große Rolle zukommt, bedeutet das, dass Nachhaltigkeit nur zu bewirken ist, wenn erforderliche Anpassungselemente vorhanden sind. Für die sehr

sensible Frage möglicher Umsiedelungen großer Teile der Bevölkerung gibt es zur Zeit noch keine Lösungen; dies ist auch völkerrechtlich höchst relevant. Auch muss ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet sein, Klimaschutz und das Recht auf nachhaltige Entwicklung nicht gegeneinander auszuspielen. Bislang ist die EZ aus dem Kopenhagen-Prozess ausgeblendet. Zukünftig braucht es klare Regeln für zusätzliche Mittel jenseits von ODA, sowie eine transparente, subsidiäre und demokratisch kontrollierte Mittelverwendung. Bislang wurde Deutschland in all diesen Fragen als Vorreiter wahrgenommen, bleibt allerdings aufgefordert, auch innerhalb der EU noch stärker zu agieren. Für die SPD ist es von besonderer Bedeutung, dass zivilgesellschaftliche Kräfte an Anpassungsmaßnahmen beteiligt werden und diese sich an den Bedürfnissen der verletzlichsten Gruppen orientieren.

Im Gespräch mit Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan ging es um aufwachsende Mittel in der Forschung für Gesundheits- und Bildungsthemen in Entwicklungsländern. Deutschland ist der größte bilaterale Geldgeber bei Projekten der beruflichen Bildung. Aus Sicht der Abgeordneten müsse Deutschland noch stärker zur Geberkoordination beitragen; das bedeute u.a. von den Ressorts der Bundesregierung (BMZ und BM Forschung und Bildung) gemeinsam durchgeführte Regierungsverhandlungen. Sehr positiv gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Kammern und Unternehmen. MdB Dr. Bärbel Kofler hinterfragte den Ausstieg des BMBF aus der Beruflichen Bildung in Indien.

Dr. Jürgen Zattler, BMZ, berichtete über die Ergebnisse der UN Konferenz zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer vom 24. bis 26. Juni in New York. Für die Bundesregierung nahm Ministerin Wieczorek-Zeul teil. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist die Einigung der gesamten Staatengemeinschaft auf Grundfragen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Krisenprävention überhaupt. Die



Vereinten Nationen werden im ökonomischen Bereich gestärkt. So ist die Einrichtung eines Intergovernmental Panel on Systemic Risks bei der UN positiv. Es wird zu einer verstärkten Zusammenarbeit von VN und Bretton-Woods Institutionen kommen. Es ist positiv, dass die Notwendigkeit anerkannt wurde, bei der Bewältigung der Krise die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen. So erging der Aufruf an G-20, den Finanzbedarf zu überprüfen und die entsprechende Finanzierung bereitzustellen. Es wird weithin anerkannt, dass die Krise die Verschuldungslage der Entwicklungsländer verschärft. So werden Ansätze zur Schaffung eines Insolvenzverfahrens für Staaten geprüft. Desweiteren wurden die Sonderziehungsrechte gestärkt. Vorschläge zur Reform des globalen Reservesystems werden geprüft. Insgesamt brachte die Konferenz also manche Fortschritte, allerdings keine größeren konkreten Ergebnisse.

Für die SPD-Fraktion unterstützt Dr. Sascha Raabe die Forderung der Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul nach Einrichtung eines Globalen Rates für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Durch unterschiedliche Positionen in dieser Frage schwächten die Europäer sich selber.

## Aus dem Plenum

### Donnerstag, 18. Juni 2009:

TOP 15, BE Antrag Bundesregierung „Anpassung des Einsatzgebietes für die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias“  
[Rede von Gabriele Groneberg, S. 25196 C](#)

TOP 33, Antrag von Union und SPD „Internationale Kreditfinanzierung in der Entwicklungspolitik auf eine neue Grundlage stellen“ ([13/13378](#))  
[Rede von Stephan Hilsberg, S. 25390 A – zu Protokoll](#)

### Donnerstag, 2. Juli 2009:

TOP 4, Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: zum G-8-Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juli 2009 in L'Aquila

[Rede von Dr. Sascha Raabe, S. 25638 C](#)

TOP 6, Debatte zur Energieaußenpolitik

[Rede von Gabriele Groneberg, S. 25697 B](#)

TOP 10, BE Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – NAMENTLICHE ABSTIMMUNG

[Rede von Walter Kolbow, S. 25740 B](#)

TOP 12, BE Mandatsverlängerungen UNMIS und UNAMID - NAMENTLICHE ABSTIMMUNGEN

[Debatte](#)

TOP 50, BE Antrag FDP „Biotechnologische Innovationen im Interesse von Verbrauchern und Landwirten weltweit nutzen – Biotechnologie ein Instrument zur Bekämpfung von Armut und Hunger in den Entwicklungsländern“

[Rede von Dr. Sascha Raabe, S. 25950 A](#)

TOP 62, BE Antrag Bündnis 90/Die Grünen „Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen verhindern“

[Rede von Christel Riemann-Hanewinkel, S. 26012 C](#)

## Impressum

Herausgeber:

SPD-  
Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Verantwortlich:

Dr. Sascha Raabe,  
MdB

Redaktion:

Bianca Lacatusu

Erscheint im  
E-Mail-Abo

[agwz-  
sekretariat@spdfraktion.  
de](mailto:agwz-sekretariat@spdfraktion.de)

**Newsletter Nr. 45**

**Juni/Juli 2009**

**Seite 5**